

## Ostermarsch Rede: Auslandseinsätze der Bundeswehr

Liebe Friedensaktivistinnen und Friedensaktivisten,

ich beginne mal mit der Zahl 965 Millionen. Im Jahr 2019 waren das die zusätzlichen Kosten für mandatierte Auslandseinsätze der Bundeswehr. Dabei sind die versteckten Kosten noch nicht einmal erwähnt. Es werden weiterhin Milliardenbeträge in Rüstungsprojekte gesteckt wie z.B. eine schiefliegende Fregatte „Baden-Württemberg“ zu Wasser, die Leopard II Panzer mit zusätzlichem Sandfilter (in Deutschland gibt es keine riesigen Sandregionen) zu Land und unter anderem die A400M-Pannemaschine in der Luft. All diese teuren Kriegsgeräte werden sicherlich nicht zur Landesverteidigung benötigt!

Es ist viel Geld, das einen weitaus sinnvolleren Nutzen haben kann, wenn man es zum Beispiel für kostenlosen ÖPNV, im Bereich der Bildung und Wissenschaft oder auch in das Gesundheitssystem investiert. Gerade jetzt mit der COVID 19 Pandemie zeigt sich, dass die Politik der Bundesregierung völlig fatal ist und man völlig falsche Prioritäten gesetzt hat. Es ist absolut unverständlich, dass erst der Extremfall eintreten muss, damit auch der letzte in der Bundesregierung merkt, dass man in systemrelevante Bereiche der Infrastruktur nicht den Profit über den Menschen stellen soll. Man kann jetzt nur hoffen, dass endlich ein Umdenken im Bezug auf die schwarze Null stattfindet, auch für andere wichtige Bereiche der Infrastruktur.

Die Bundeswehr ist in über ein Dutzend Auslandseinsätzen, zum Teil auch ohne UN-Mandat, beteiligt. Erst vor einigen Wochen hatte der Bundestag die Fortsetzung der Bundeswehreinsätze SEA GUARDIAN im Mittelmeer und RESOLUTE SUPPORT in Afghanistan beschlossen. Zwischen den USA und den Taliban gibt es nun Verhandlungen, mit konkreten Zeitplänen. Die politische Situation hat sich in Afghanistan verändert: Sowohl Ashraf Ghani als auch Abdullah Abdullah haben sich zum Präsidenten erklärt. Dabei war die afghanische Zivilgesellschaft nicht beteiligt. Ebenfalls offen steht welche Rolle die Taliban künftig spielen wird. Daher ist es eine absolute Farce, dass die Bundesregierung denselben alten Mandatstext zur Abstimmung vorgelegt hat.

Das Ganze zeigt auch, dass der mittlerweile 19-jährige Bundeswehreinsatz in Afghanistan dem Land keinen Frieden gebracht hat. Deshalb sind wir der Meinung, dass es einen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan vor allem auch in Absprache mit der afghanischen Regierung geben muss!

Der Auftrag der Mission SEA GUARDIAN lautet Terrorismusbekämpfung und Unterbindung des Waffenschmuggels. Seit 2016 hat sich die Situation allerdings nicht verändert: keine terroristische Vorgänge/Planungen oder Anschläge hat die Mission SEA GUARDIAN verhindert und keine einzige Waffe wurde bisher beschlagnahmt. Zum Waffenschmuggel: Libyen ist eines der großen Krisenherde in der Mittelmeerregion.

Wer wirklich etwas für die Befriedung des Libyen-Konflikts und die Unterbindung des Waffenschmuggels tun will, der sollte vielleicht mal damit anfangen die Waffenexporte an die „Sponsoren des Libyen-Konflikts“ einzuschränken. Allein seit Anfang 2019 hat die Bundesregierung Waffenexporte an die Vereinigten Arabischen Emirate im Wert von 257 Mio Euro genehmigt. Dass die Bundesregierung dann behauptet man bräuchte das Mandat um Waffenschmuggel nach Libyen zu verhindern ist doch absolut unglaublich!

Anstatt so ein unseriöses Mandat zu beschließen sollte die Bundesregierung doch mal den Auftrag zur staatlich organisierten Seenotrettung beschließen!

Nun zu den Rekrutierungsmaßnahmen der Bundeswehr. Derzeit gibt es 25.000 freie Stellen. Es herrscht also ein akuter Personalmangel bei der Bundeswehr. Um dem entgegenzuwirken nimmt man sich täglich 168.000€ in die Hand um für die Bundeswehr zu werben. Mit den aufwändig produzierten YouTube Serien der Bundeswehr „Die Rekruten“ „Survival“ und der neusten Serie „Die Rekrutinnen“ versucht man vor allem Minderjährige für den Dienst an der Waffe zu

begeistern. Mit Karriereberater\*innen und Jugendoffizieren versucht man weiterhin auch an Schulen oder Berufsinformationsveranstaltungen neue Rekrut\*innen zu gewinnen. DIE LINKE sagt ganz klar nein zur Rekrutierung Minderjähriger Rekrut\*innen!

Wir als Linke fordern auf das Völker- und Menschenrecht zu achten. Für uns sind Krieg und Gewalt nie Mittel der Politik! Krieg löst kein Problem, sondern Krieg ist immer Teil des Problems! Daher fordern wir ein sofortiges Ende aller Kampfeinsätze der Bundeswehr, dazu gehören auch die UN-mandatierten Militäreinsätze mit deutscher Beteiligung. Und wenn die Bundeswehr dann nicht mehr in mehr als ein Dutzend Auslandseinsätze verwickelt ist, dann benötigt man auch keine so hohe Soll-Größe in der Bundeswehr und somit weniger Rekrut\*innen.